



Interviews

Datum: 27. Dezember 2023

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Gespräch mit Dirk Müller

Dirk Müller: 2023, was für ein Wirtschaftsjahr, was für ein Krisenjahr. Eine Inflation, die auf Rekordniveau nur ganz langsam den Weg zurück gefunden hat in den Bereich von drei Prozent aktuell. Eine Konjunktur, die nicht von der Stelle gekommen ist, phasenweise auch ins Minus gerutscht ist. Energiepreise, die Haushalte und Industrie gleichermaßen substanziell belasten. Mehr Unternehmen, die in die Pleite gegangen sind als erwartet. Investitionen, die immer mehr zurückgegangen sind, weil vor allem auch eins fehlt, das Vertrauen, die Zuversicht in den Wirtschaftsmotor Deutschland. Am Telefon ist nun Professor Michael Hüther, Chef des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft, das zur Jahreswende regelmäßig aktuelle Prognosen und Daten bei den Unternehmen erhebt, einen schönen guten Morgen.

Michael Hüther: Guten Morgen, Herr Müller.

Müller: Herr Hüther, 2024 – geht es wieder aufwärts?

Hüther: Leider nein. Ich würde gerne anderes ankündigen können, aber die Verbandsumfrage, die Sie erwähnt haben, die wir jetzt gerade gemacht haben vor wenigen Wochen, vor Weihnachten, zeigt, dass die schlechte Stimmung, die wir Ende 2022 für 2023 hatten, sich noch einmal verstetigt. Und das ist sehr ungewöhnlich. Wir machen diese Umfrage sehr lange und dass zwei Jahre hintereinander ganz viele Branchen, nämlich über 30, sagen, es ist mau und es wird nicht besser, das ist schon sehr ungewöhnlich und das zeigt genau das, was Sie ansprachen, es fehlt an Vertrauen in die Rahmenbedingungen und in die Perspektiven.

Müller: Also ein politisches Problem?

Hüther: Zunehmend ja. Wir erinnern uns, wir sind in das Jahr 2023 hineingekommen zunächst mit ja fast euphorischen Reaktionen, als es nicht so schlimm geworden war wie erwartet. Stichwort Gasmangellage. Man wollte die Prognosen schon nach oben revidieren. Das hat sich dann im Laufe des Jahres wieder verflüchtigt. Die weltwirtschaftliche Lage ist schwierig. Wir haben auch in China eine schwache Konjunktur aus der Pandemie heraus, nicht so wie erwartet. All das hat uns belastet. Und dann kommt nun zum Jahresende die Reaktion der Politik auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Und insofern ist es jetzt sehr stark auch hausgemacht, weil damit natürlich vieles wieder infrage gestellt wurde, was man gerade geregelt hatte und unklar ist, wie es überhaupt in den nächsten Jahren weitergeht. Man hat ja keinen wirklichen Haushaltskompromiss gefunden. Man hat einen Koalitionskompromiss gefunden. Der löst aber noch nicht die Probleme.

Müller: Es überrascht mich jetzt ein bisschen, Ihre Prognose oder viele ja vielleicht auch. Wir haben genau vor an dieser Stelle vor einem Jahr ebenfalls das Interview zu den Aussichten geführt. Also, 2022 lag da hinter uns und wir haben eben auf 2023 geschaut. Dann haben Sie ebenfalls auf diese Frage geantwortet – wie wird es kommandes Jahr – es sieht nicht sehr gut aus. Und jetzt sagen Sie klipp und klar, nach Ihren Daten jedenfalls, nach diesen Prognosen, Erwartungen, die Sie eingeholt haben, dieser ganze Trend des Nichtvorankommens wird bestätigt.

Hüther: Er wird bestätigt. Wir bewegen uns so ein bisschen wie in einem Tunnel. Wir haben eine Stagnation in der Industrie mit sogar rezessiven Entwicklungen seit mehreren Jahren. Das ist zunächst gar nicht wahrgenommen worden. Aber wir haben erkennbar in diesem Jahr dann gesamtwirtschaftlich eine Rezession gehabt mit minus ein halbes Prozent. Und das wird sich eben nach unserer Einschätzung im Jahre 2024 wiederholen. Sie haben verschiedene Themen ja schon angesprochen. Die Investitionen sind schwach, kommen aber auch nicht richtig in die Gänge. Es bleibt mit 22 Branchen, die sagen, es wird weniger investiert – und das betrifft im Wesentlichen auch die Industriebranchen, die ja der große Betreiber letztlich der volkswirtschaftlichen Investitionen sind. Wir sehen es bei den konsumnahen Bereichen. Natürlich erleben die privaten Haushalte, dass die Inflation zurückgeht. Wir erwarten in diesem Jahr drei Prozent statt sechs im letzten Jahr. Im Laufe des Jahres nähern wir uns also dem Zielkorridor der Europäischen Zentralbank an. Aber wir wissen auch, das Konsumklima hinkt den Konsummöglichkeiten hinterher. Zunächst einmal ist in den

Köpfen: Alles ist teurer geworden. Auch, wenn in diesem Jahr wieder Reallohnzuwächse möglich sind. Das heißt, ein breiter, großer Bereich der Volkswirtschaft binnenwirtschaftlich getragen, kommt auch nicht in die Gänge. Und die Außenseite hatte ich erwähnt. China – machen wir uns wirklich Sorgen, weil Unternehmen auch berichten, dass in diesen Jahren der Blick nach vorne nicht so ist, dass man noch mal große Zuwächse erwartet. Das ist alles irgendwie schon stabil. Aber das, was China ausgezeichnet hat, von Jahr zu Jahr auch eine Expansion, sehen wir auch nicht.

Müller: Rächt sich das, dass zu viel mit China gehandelt, gedealt wurde, dass zu sehr auf China gesetzt worden war?

Hüther: Na ja, was heißt zu viel? Auch China hat natürlich zyklische Bewegungen und es ist eine Volkswirtschaft mit 1,4 Milliarden Menschen. Die Unternehmen machen dort gute Gewinne. Sie haben viele deutsche Unternehmen, die dort ihre stärkste Gewinnbasis haben. Und das kann man ja nicht einfach wegbuchen. Da kann man nicht sagen, weil es irgendwann vielleicht mal schlechter wird, gehen wir jetzt schon mal prophylaktisch raus. Nein, man muss robust sein. Man muss resilient sein, indem man sich für andere Standorte ebenso interessiert, wo es möglich ist. Aber die Wahrheit ist auch, Sie können ein Land wie China nicht irgendwie mit drei anderen kompensieren. Dafür sind die zu klein und dafür sind die natürlich auch ganz anders in ihrer Struktur und weit auseinander.

Müller: Reden wir über die Investitionen, über die mangelnde Investitionstätigkeit. Das hatten Sie ebenfalls, Herr Hüther, vor einem Jahr schon bemängelt, beklagt oder zumindest festgestellt, dass das so ist. Jetzt sagen Sie, das geht weiter so. Zu wenig Investitionen vonseiten der Unternehmen. Warum ist das so?

Hüther: Na ja, Investitionen sind die Wette auf die Zukunft, dass es am gegebenen Standort sozusagen sich lohnt. Und wir haben ja nicht nur die Frage, lohnt es sich in gegebenen Geschäftsmodellen, sondern darüber steht die Frage der Transformation. Wie bauen wir Geschäftsmodelle um? Wie kann es gelingen? Wir haben im Jahr – ich darf erinnern – im Jahr 2022 Gesamtinvestitionen 0,1 gehabt, also fast Stagnation, in diesem Jahr einen knappen halben Prozentpunkt. Wir sehen nächstes Jahr noch weniger. Das hat vor allen Dingen auch zu tun mit sehr schwachen Bauten.

Aber auch bei den Ausrüstungen, da steckt drin, dass man nicht wirklich sieht, unter welchen Bedingungen man agieren kann. Wir haben eben den Kanzler gehört, es seien alle nicht betroffen, aber alle wissen, dass sie betroffen sind. Ob das nun die Frage ist, wie der Bonus für Elektroautos abgebrochen wurde. Man kann sagen, der war an sich vielleicht auch überzählig, aber darauf basieren natürlich Entscheidungen. Und diese Entscheidungen werden jetzt revidiert und das greift ja durch bis auf die Perspektiven der Hersteller, die sagen müssen: Ja, wie ist es denn nun mit dem Wandel der Mobilität? Wie kommen wir denn wirklich mit der Elektromobilität nach vorne? Das ist ein Beispiel, wo so Entscheidungen, die hier getroffen wurden, die man im Einzelnen ja irgendwie verstehen kann, aber in ihrer Abruptheit etwas auslösen, was natürlich noch mal eine Belastung auf die Einschätzung der künftigen Bedingungen ist.

Müller: Sie haben das Stichwort schon genannt. Vertrauen, das fehlt. Warum fehlt Vertrauen?

Hüther: Ja, Vertrauen, wenn es einmal zerstört ist, ist ja auch schlecht wieder oder ganz nichtig, ganz einfach wieder zu rekonstruieren. Und das ist das, was die Politik seit Längerem kennzeichnet. Wir haben das Desaster mit dem Heizungsgesetz erlebt. Wir haben erlebt, dass auf einmal dann die Regierung insgesamt Orientierung verloren hat. Und dann kam dieses Urteil des Verfassungsgerichts, das etwas testiert, was offenkundig falsch war, was verfassungswidrig war, aber dann gleichzeitig nichtig erklärt. Das ist ja auch eine Qualität, die neu war. Darauf zu reagieren, war sicherlich schwierig. Aber eigentlich geht es so nicht. Eigentlich brauchen wir übergreifend einen Kompromiss mit der Opposition, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern.

Müller: Das hört sich nach nachhaltigem Regierungsversagen an. Habe ich das richtig verstanden?

Hüther: Na ja, sagen wir mal so, wenn man meint, man könnte alles alleine, dann wird es irgendwann eng und knapp. Und wir sind hier mit dem Staatsschuldenrecht konfrontiert, das in der Verfassung verankert ist. Was man jetzt sagt, ist, man bastelt drum herum. Man redet dann vielleicht auch noch mal über die Notlagenerklärung in diesem oder im nächsten Jahr. Das sind aber alles keine nachhaltigen Lösungen, mit

denen der Eindruck entsteht, wir hätten das im Griff. Und die Ursache ist ja nicht, dass wir an den Weltkapitalmärkten kein Geld mehr bekommen, oder dass wir irgendwie schlecht dastehen. Wir haben eine Schuldenstandsquote von 64 Prozent. Aber dieses einseitige Beachten jetzt der Schulden und nicht des Bruttoinlandsproduktes führt natürlich dazu, dass die Regierung selbst verschärfend in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hineinwirkt. Und das macht die Sache nun wirklich nicht besser.

Müller: Aber nun hat es ja Karlsruhe gegeben, mit dem Blick auf die Schuldenbremse. Sind Sie für die Aufhebung dieser Bremse?

Hüther: Nein, wir müssen sie nicht aufheben, aber wir können kluge Lösungen finden, indem man einen gesamtstaatlichen Infrainvestitionsstruktur- und Transformationsfonds auflegt.

Müller: Die sind ja gescheitert, diese Fonds.

Hüther: Na ja, Moment, nicht gescheitert ist das Bundeswehrsondervermögen. Und da liegt auch die Lösung. Man muss das ins Grundgesetz reinbauen. Das muss von Bund und Ländern gemeinsam betrachtet werden, denn die Knappheiten und Probleme, die die jetzige Regierung hat, wird jede künftige auch haben. Und die Bundesländer haben sie überdies. Insofern liegt hier eine Antwort. Dann würde die Schuldenbremse im Resthaushalt bleiben. Das ist auch richtig und gut so. Aber wir kriegen das Investitionsthema nicht gehebelt. Und vor allen Dingen kriegen wir es auch nicht aus der Jährlichkeit und Jährigkeit heraus. Das Verfassungsgericht hat ja auch darauf hingewiesen. Was wir aber brauchen, ist eine Planungssicherheit. Und diese Transformationsinvestitionen, diese Infrastrukturinvestitionen beginnen ja nicht am 01. Januar und enden am 31.12. Die haben längere Laufzeiten. Die müssen verlässlich aufgebaut sein und die müssen endlich auch mal wirksam werden. Das heißt, alle Investitionen, für die wir eine Planungs- und Verfahrensbeschleunigung machen könnten, die gehörten beispielsweise in einen solchen Fonds – Subventionen nicht. Also, da kann man schon was machen.

Müller: Jetzt haben Sie eben von Koalitionskompromiss gesprochen als Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Konsequenz, die Folge ist auch: wieder steigende Energiepreise. Wie gravierend ist das für die Wirtschaft?

Hüther: Das ist gravierend. Die Erwartung, dass der Stromsteuerkompromiss, zu dem ja auch die Absenkung der Netzentgelte gehörte mit 5,5 Milliarden, dann auch denn nun kommt. Es hat ja nun lange gedauert, bis es zu diesem Kompromiss gekommen war. Absenkung der Stromsteuer auf europäisches Niveau, Spitzenausgleich und Super-Cap, das ist jetzt alles irgendwie scheinbar gesichert, aber die Netzentgeltfrage nicht. Und insofern haben wir vielfach da jetzt Verdopplungen. Und man sieht ja auch in einzelnen Meldungen, dass Stadtwerke beispielsweise für das neue Jahr schon angekündigt haben: deutliche Erhöhungen für ihre Kunden. Und in einer Zeit, wo das nun wirklich ein zentraler Faktor ist, nämlich die Energiekosten, wo jetzt Entscheidungen getroffen werden in den energieintensiven Branchen, muss man nicht lange erklären, dass das ein besonderes Problem ist. Also, hier hat man an der falschen Stelle gespart. Hier hat man vor allen Dingen am Wachstumskern letztlich gespart. Und wenn ich mir das nach vorne vorstelle, das Bruttoinlandsprodukt wird eh schwächer, ja, der Wachstumstrend alterungsbedingt der gesamtwirtschaftlichen Leistungen von nur noch einem halben Prozent, ja, wo soll denn dann die Schuldenstandsquote von daher erklärt werden? Ich muss auf beides achten. Ich muss auf den Schuldenstand achten und auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das letzte geht gerade ein bisschen unter.

Müller: Nun ist das ja eine CO₂-Steuer, die höher wird, eine Klimasteuer. Kein Verständnis für Klimasteuer?

Hüther: Alles gut und richtig, aber das war ja nicht alleine jetzt erklärend. Die Klimasteuer für Verkehr und Haushalte ist ja zunächst runtergenommen worden auf 5 Euro. Jetzt hat man es wieder erhöht. Dieses Rein und Raus macht ohnehin keinen Sinn. Verlässliche Erwartungen bilden sich dann auch nicht. Und das ist das eigentliche Thema. Aber noch mal: Im internationalen Wettbewerb kann ich nicht ausblenden, dass wir sehr hohe Energiepreise haben und Energiekosten. Das sehen wir ja an den energieintensiven Industrien, die 20 Prozent und mehr unter Produktionsniveau vor der Pandemie liegen. Das heißt, da haben wir eine Belastung, die schon greifbar ist und die Entscheidungen über Standortinvestitionen werden jetzt getroffen.

Müller: Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, bei uns heute Morgen im Gespräch. Danke schön für das Interview, Ihnen eine schöne Woche und einen guten Rutsch.

Hüther: Das wünsche ich Ihnen auch und allen Hörern, danke schön.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.